FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 3 / Oktober 2016
15. Jahrgang

Seite an Seite mit der Türkei stimmt Deutschland mit Nein — Foto: Xanthe Hall

Meilenstein für Atomwaffenverbot erreicht

Mehrheit der UN-Staaten will 2017 ein Verbot verhandeln, Deutschland stimmt dagegen

Die Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen häufen sich, sei es durch Kim Jong Un, sei es durch Donald Trump oder Theresa May. Am 19. August setzten bei der UNO bei der OEWG in Genf 68 Staaten ein Zeichen gegen diese atomare Bedrohung. Sie überstimmten 22 Staaten, die weiterhin an der atomaren Abschreckung festhalten. Die Atomwaffenstaaten hatten sich gleich gar nicht an der Arbeitsgruppe beteiligt. Die „ergebnisoffene Arbeitsgruppe" der (Open-Ended Working Group, OEWG)" schickt nun in ihrem Schlussbericht die Empfehlung an die UN-Vollversammlung: nächstes Jahr Verhandlungen über einen Verbotsvertrag aufzunehmen

Zunächst habe es danach ausgesehen, dass sich die an der OEWG beteiligten Staaten auf ein Konsenspapier verständigen, das die unterschiedlichen Standpunkte der Staaten beschrieben und keine ausdrückliche Empfehlung im Sinne der Mehrheit abgegeben hätte.

Trotz ihrer Unzufriedenheit mit dem Konsenspapier, das ihrer Meinung nach nicht weitgehend genug sei, wollten viele Staaten für den Text stimmen. Doch Australien und weitere 13 Staaten verweigerten dem Papier ihre Zustimmung. Im Alleingang forderte Australien eine Abstimmung. Deutschland war nicht in dieser Gruppe.

Nach der Abstimmung wurde gerätselt, warum Australien nach tagelangem Ringen um einen Konsens, die Einigung aufs Spiel setzte. Damit provozierte der australische Botschafter nur eins: Einen Änderungsantrag. In dem Moment, in dem klar wurde, dass es eine Kampfabstimmung geben wird, reichte Guatemala einen Änderungstext ein, der die Aussage des OEWG-Schlussberichts wesentlich stärkte. Statt nur anzumerken, dass es „eine breit unterstützte Empfehlung" gibt, empfiehlt die OEWG nun selbst eine Verhandlungskonferenz einzuberufen, „die offen [ist] für alle Staaten und mit der Teilnahme und Mitwirkung internationaler Organisationen und der Zivilgesellschaft, um ein juristisch verbindliches Instrument für ein Verbot der Atomwaffen zu verhandeln, das zu deren kompletten Eliminierung führt."

Die von Australien erzwungene Abstimmung hat die Gegner des Atomwaffenverbots gespalten. Einige Staaten der Gruppe wollten keine Abstimmung – wie z.B. Deutschland und Japan – die ihre Opposition zum Atomwaffenverbot sichtbar macht. „Jetzt kommen die Regierungen dieser Länder, in denen die Öffentlichkeit mehrheitlich ein Atomwaffenverbot will, in Erklärungsnot. Schließlich wollen 93 Prozent der deutschen Bevölkerung einen Verbotsvertrag."

Xanthe Hall, Abrüstungsexpertin der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) war in Genf vor Ort.

In diesem Heft

Abrüstungsdiplomatie: Über unerwartete Initiativen für die gerade stattfindende UN- Generalversammlung lesen Sie auf **Seite 1**

Neues aus Mutlangen steht auf **Seite 2 und 3**

Aktionen für Abrüstung: Wie der Flaggentag, Aktionspräsenz, das Workcamp der Pressehütte und die Fastenkampagne verlaufen sind lesen Sie auf **Seite 4 bis 8 und 11**

Argumente für den Abzug liefert ein US-Think Tank **Seite 9**

Über Helden der Abrüstung schreibt Wolfgang Sternstein in seinem neuen Buch. **Seite 10**

Schluss jetzt!

„Wir weisen das Recht der Führung jedes Landes zurück, ganz gleich, ob das die UDSSR, die USA oder ein anderes Land ist, das Todesurteil über die Menschheit zu fällen. Wir sind keine Richter und Milliarden Menschen keine Verbrecher, die bestraft werden müssen.

Eben deshalb ist es notwendig, die nukleare Guillotine niederzureißen. Die kernwaffenbesitzenden Mächte müssen über ihren nuklearen Schatten springen, hinein in eine kernwaffenfreie Welt.

Auf diese Weise müssen sie Schluss machen mit der Loslösung der Politik von den allgemeinmenschlichen Normen der Moral."
Aus der Rede von Michail Gorbatschow vor den Teilnehmern des internationalen Friedensforums in Moskau am 16.Februar 1987.
Bis heute warten wir!

Pressehütte

Editorial

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,
wenn Sie diesen FreiRaum in den Händen halten, wird in New York die Generalversammlung der UNO tagen. Dort wird dann über die Empfehlung der OEWG (siehe Titelseite) Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot zu beginnen beraten und darüber abgestimmt. Bleibt Deutschland bei seinem Nein?
In Den Hag hat gerade der Internationale Gerichtshof über die Zulassung der Klage der Marshall Inseln entscheiden. Er hat sie aus formalen Gründen zurückgewiesen, aber die Abrüstungsverpflichtung betont. Wie wird sich das in der Abrüstungsdiplomatie auswirken? Die Weltsituation ist alles andere als friedlich. Aber nur Verhandlungen und Abrüstung können wirklichen Frieden schaffen. Syrien braucht Lebensmittel und Medizin. Keine Kriegsrhetorik und Waffenlieferungen. Wann werden die Waffen schweigen? Nutzen Sie die beigelegte Aktionspostkarte.
Wenn wir wollen, dass sich in der Welt etwas ändert, müssen wir uns dafür einsetzen. Der FreiRaum berichtet, was mit Blick auf die drohende technische Aufrüstung von Atomwaffen am Stationierungsort Büchel und anderswo gelaufen ist. Werden wir genügend Kraft und Energie haben, um unsere Aktionen erfolgreich fortzusetzen und andere zu überzeugen?
Wie unsere Regierung abstimmt und wann sich die Kriegsparteien an den Verhandlungstisch setzen, darauf haben wir nur einen beschiedenen Einfluss, aber lasst uns die Chancen nutzen, die wir haben.

Mit herzlichen Grüßen

Wolfgang Schlupp-Hauck [wsh]

Empfang mit Bürgermeisterin Stephanie Eßwein (zweite von links) Foto: Christa Schmaus

Flüchtlinge in der Pressehütte

Den Umbau der Pressehütte zu einem Wohnhaus mit vielen Brandschutzauflagen, wie vom Landratsamt verlangt, konnten wir bis Mitte März fertigstellen. Dank mancher Spenden, Eigenarbeit und einiger großzügiger Handwerker ist uns dies gelungen, ohne dass wir einen Kredit aufnehmen mussten. Die Damen und Herren vom Landratsamt waren mit dem Ergebnis sehr zufrieden, so dass der Wohnbereich ab April vermietet werden konnte.

„Unsere" Flüchtlinge Foto: Christa Schmaus

Im Erdgeschoß haben wir in einem abgetrennten Teil noch unsere zwei Büros sowie eine kleine Teeküche und eine Toilette. Größere Veranstaltungen wie das monatliche Frauenfrühstück müssen wir jetzt in angemieteten Räumen durchführen. Workcamps können wir hier zurzeit nicht mehr durchführen. Viele Materialien mussten wir in private Räume auslagern. Dies hat sehr viel mehr Arbeit gemacht, als wir gedacht hatten.

Mitte April kamen dann drei afghanische Ehepaare an, eine Frau davon schwanger. Inzwischen ist die kleine Jassna zwei Monate alt! Alle sind sehr dankbar, hier sein zu können. Das älteste Paar (sie 30, er 40 Jahre alt) kann ein wenig Englisch, das erleichtert die Kommunikation. Wir hatten ursprünglich gesagt, dass wir die Betreuung den Leuten vom Mutlanger Asyl-Helferkreis überlassen wollen, da wir sonst für unsere eigentliche Arbeit keine Zeit mehr haben. Das hat sich aber als illusorisch herausgestellt. Durch die Arbeit im Büro sind wir öfter im Haus, da werden wir natürlich immer wieder um Hilfe angefragt (Arztbesuche, Babyausstattung, Begleitung nach Ellwangen, um den Asylantrag zu stellen usw.), alles sehr zeitaufwändig. Erst allmählich spielt sich alles besser ein.

Gefreut hat uns, dass die Nachbarn die neuen Bewohner sehr offen angenommen haben. Einer der Nachbarn lud sie gleich ein, bei seinen Karatekursen mitzumachen. Von Anfang an war den Asylbewerbern wichtig, Deutschunterricht zu bekommen. Das ging leider nicht bei den Kursen in der Sammelunterkunft, da die dort Teilnehmenden sich auf die Abschlussprüfung vorbereiteten, und danach fingen die Ferien an. Erfreulich ist, dass einige Mutlanger und Mutlangerinnen jetzt ehrenamtlich eine Stunde pro Tag Deutschunterricht geben – auch in den Ferien. Wir hoffen sehr, dass nach den Ferien ein regulärer Kurs mit vier Stunden pro Tag beginnen kann, denn Sprachkenntnisse sind unerlässlich für die Integration. Ohne diese ist die Chance hierbleiben zu können gleich Null. Für Afghanen ist es ohnehin nicht einfach, Asyl zu bekommen.

Alle leiden darunter, dass sie noch nicht arbeiten dürfen. Vor einiger Zeit luden wir sie ein, bei einem Gartenarbeitstag mitzumachen. Danach meinte einer: „Arbeit ist gut! Vorher sieben Monate nur Essen und Schlafen, schrecklich!" Allerdings wird es schwierig sein, für sie eine Arbeit zu finden. Eine Ausbildung hat niemand von ihnen, die 30-jährige Massouma hat nie eine Schule besuchen dürfen.

Nun hoffen wir alle, dass das Asylverfahren trotz aller Schwierigkeiten positiv verläuft und „unsere" Flüchtlinge hier eine gute Zukunft haben, denn wir haben sie alle ins Herz geschlossen, und wir haben durch sie sogar etwas gewonnen: einen besseren Kontakt zu unseren Nachbarn und zu vielen Mutlangern. **[Lotte Rodi]**

Eröffnungsrede der Bürgermeisterin Stephanie Eßwein

Fotos: Raimund Menges

Wenn Konversion gelingt gibt es mehr als einen Grund zum Feiern!

Seit diesem Sommer bietet die Mutlanger Heide nun auch Platz für Kunst im öffentlichen Raum. Klaudia Dietewich hat für diesen Ort ein besonderes Kunstwerk erschaffen: die "Wegstücke". Es wurde im Rahmen einer Feierenthüllt.

Vor knapp 30 Jahren wurde der INF-Vertrag unterzeichnet. Die Mittelstreckenraketen wurden abgerüstet, auch in Mutlangen. Auf dem ehemaligen Raketengelände steht nun eine Wohnsiedlung. Das Kunstwerk "Wegstücke" markiert diesen Konversionsprozess. 1700 Jahre vorwiegend militärisch genutzter öffentlicher Raum wird endlich frei für zivile Nutzung.

Die Umgestaltung bringt nicht nur ein neues Wohngebiet und eine Solaranlage zur Stromgewinnung. Sie wurde nicht nur Heimat für ein neues Gymnasium und Herberge für geschützte Tiere und Pflanzen in einer grünen Oase. Seit diesem Sommer bildet Dietewichs Installation im öffentlichen Raum „Wegstücke“ einen runden Abschluss einer gelungenen Konversion.

Vor einem Jahr schrieb die Gemeinde Mutlangen einen Kunstwettbewerb aus. Gesucht wurde Kunst im öffentlichen Raum, die Kraft hat, das Gestern und das Heute zu verbinden, und die darüber hinaus die darüber hinaus die Kommunikation fördert. Klaudia Dietewich, die sich schon des Öfteren an Kunstprojekten auch im Zusammenhang mit Atomwaffen z.B. in Büchel beteiligte und auch beim Kunstverein Schwäbisch Gmünd eine Einzelausstellung präsentierte, gewann diesen Wettbewerb mit Ihrer Idee für „Wegstücke“.

„Wegstücke“ zeigen Straßenfragmente aus 12 europäischen Städten. Mutlangen bildet den Anfang. Andere Straßenspuren kommen aus Tiflis (Georgien), Zürich, Venedig, Ruse (Bulgarien) Manchester, Osijek (Kroatien), Reykjavik, Budapest, Auschwitz, Amsterdam und Paris.

Eine gewiss nicht ganz zufällige Auswahl europäischer Mayors-for-Peace-Städte, die Dietewich für dieses Kunstwerk bereist hat, um auf Spurensuche zu gehen.

„Am liebsten suche ich die Spuren, wenn ich mit dem Fahrrad unterwegs bin“, erzählt die Künstlerin im Gespräch bei der Vernissage anlässlich der Enthüllung Ihrer Arbeit. Fahrradfahren eignet sich sehr gut. Mit dem Auto ist man zu schnell, zu Fuß zu langsam. Installiert sind die abstrakt wirkenden, jedoch ganz konkret wiederzufindenden „Wegstücke“ auf Metallquadern, die dazu einladen, sich niederzulassen um inne zu halten, um eine Pause zu machen oder um mit anderen ins Gespräch zu kommen. Bildbausteine die vielschichtige Fragen aufwerfen, die Gedanken neu zusammenwürfeln lassen. Bildoberflächen die beim Betrachten ästhetische Impulse und ForscherInnendrang auslösen können.

So war bei der Enthüllungsfeier nach den Eröffnungsreden der Bürgermeisterin Eßwein, des Kunstprofessors Dr. Ripper und nach den Worten für den Frieden von der Künstlerin selbst, ein lebhafter Austausch der BesucherInnen zu erleben.

Wir gratulieren Klaudia Dietewich zur Realisierung ihrer Kunst in Mutlangen. Wir sagen Danke dafür, dass sie mit ihrer Kunst unter anderem konkrete, weltpolitische Fragen an die Friedensfähigkeit unserer Gesellschaft stellt, dabei aber durchaus die Kraft ihrer Kunst nutzt, durch gelungene Ästhetik, beim Betrachten Neugier, Spielgeist und Hoffnung auszulösen. Und für das Projekt 50 Städte – 50 Spuren, das sie mit der Friedenswerkstatt und der Mayors for Peace Lead City Hannover als weltweite Wanderausstellung projektiert, wünschen wir alles Gute. **[Silvia Bopp]**

Kunstprojekt

Zwischenruf zu den Gesprächen des Internationalen Workcamps in Berlin

➔ **Es tat uns gut,** wenn wir von allen, der deutschen Regierung und Abgeordneten, wenn wir von russischen und niederländischen Diplomaten hörten: „Die atomwaffenfreie Welt ist ebenso unser Ziel.“

➔ **Es erschütterte unsere Hoffnungen,** wenn dann alle sagen: „Aber die Bedingungen für nukleare Abrüstung sind zur Zeit schlecht.“

➔ **Es hat uns erzürnt,** wenn im Auswärtigen Amt die Atomwaffen der NATO damit gerechtfertigt werden, dass NATO-Länder von den russischen bedroht seien. Dabei wird verschwiegen, dass diese Länder entgegen dem Versprechen, die NATO nicht nach Osten auszuweiten, in die NATO aufgenommen wurden.

➔ **Es weckte in uns Ängste,** wenn wir im Gespräch in der russischen Botschaft darauf hingewiesen werden, dass Büchel nicht nur Stationierungsort von US-Atomwaffen ist, sondern auch zu den Zielen russische Atomwaffen gehören könnte.

➔ **Es erzürnt, wenn wir erfahren,** dass der INF-Vertrag in Gefahr ist. Die USA werfen Russland Vertragsverletzungen vor, ohne diese im Einzelnen aufzuführen. Eine Überprüfung oder Entkräftung der Vorwürfe scheint nicht gewollt. Russland entdeckt im Gegenzug auch in der US-Rüstung Waffensysteme, welche den Vertrag unterlaufen könnten. Systeme der Raketenabwehr könnten statt mit Abfangraketen mit atomar bewaffneten Raketen beladen werden.

➔ **Es hat sich gezeigt,** dass nicht nur uns, sondern auch Politikern und Diplomaten der Geduldsfaden wegen den ewigen Ausreden der Atomwaffenstaaten reißt. Deshalb wurden die Rechtfertiger nuklearer Schutzschirme überstimmt und die OEWG fordert mehrheitlich für 2017 den Verhandlungsbeginn für ein Atomwaffenverbot. Das ist ein Schritt gegen den Schulterschluss, der Atomwaffenstaaten, die ihre Sicherheit auf der Androhung des atomaren Massenmordes aufbauen.

➔ **Es ist nötig, dass wir uns einmischen.** Wir müssen weiter Dialoge mit den Entscheidungsträgern führen. International, dass der Beschluss der OEWG tatsächlich den Weg zu einem Verhandlungsbeginn für ein Atomwaffenverbot ebnet. In Deutschland müssen wir durch unsere Aktionen in Büchel Druck machen, und durch unsere Einmischung in den Bundestagswahlkampf. **[wsh]**

Im Ostalbkreis wehte die Flagge vor Rathäusern und dem Landratsamt

Foto: Landratsamt Ostalbkreis

In Mutlangen hisste in diesem Jahr die neue Bürgermeisterin Esswein die Mayors-for-Peace-Flagge. In Schwäbisch Gmünd war eine Delegation der italienischen Partnergemeinde beim Hissen dabei, als OB Arnold vor dem Rathaus seine Ansprache hielt. Die Flagge wehte auch in Aalen und vielen der anderen Gemeinden, die im Kreis Mitglied der Bürgermeister für den Frieden sind. Der schon traditionelle Gruppentermin fand diesmal am Landratsamt statt. Bürgermeister und Landkreisabgeordnete waren dabei, als Landrat Pavel zum ersten Mal vor seinem Amt die Flagge hoch zog.

Vor dem Rathaus in Hannover: Fotoshooting mit OB Schostok, links vom Banner [Foto: Landeshauptstadt Hannover]

Fünfter Flaggentag der Bürgermeister für den Frieden

Am 8. Juli 2016 setzten bundesweit Bürgermeister und Bürgermeisterinnen vor ihren Rathäusern ein sichtbares Zeichen für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen. Mehr als 200 Städte nahmen in diesem Jahr an der deutschlandweiten Aktion teil.

Mit dem Hissen der Flagge des weltweiten Bündnisses der Mayors for Peace appellierten sie, Atomwaffen endgültig abzuschaffen. Nach einer aktuellen Forsa-Umfrage sprechen sich 93% der Bundesbürger für ein völkerrechtliches Verbot der Atomwaffen aus. 85 % der befragten Erwachsenen befürworten zudem einen Abzug der auf deutschem Boden gelagerten Atomwaffen der USA.

In der Presseerklärung von Hannovers OB Schostock heißt es: „Wir, die Bürgermeister für den Frieden, sind sehr besorgt, dass immer noch rund 16.000 Atomsprengköpfe auf der Welt existieren. Einer Welt, die zunehmend von zahllosen gewalttätigen Konflikten, kriegerischen Auseinandersetzungen und Terrorismus geprägt ist. Einer Welt, die aus den Fugen zu geraten scheint. Vor dem Hintergrund der geplanten Stationierung neuer, technisch aufgerüsteter Atomwaffen in Europa ist es daher umso wichtiger, am heutigen Flaggentag auf das Ziel einer atomwaffenfreien Welt hinzuweisen."

In Stuttgart: Flaggenhissen mit Hindernissen

In Stuttgart versammelten sich Friedensgruppen auf der Rathaustreppe. Die Polizei vermutete eine unangemeldete Demonstration. Und erst als Bürgermeister Werner Wölfle sich ausgewiesen hatte, konnte die Flagge vom Rathausbalkon entrollt werden. Anschließend wurde ein Ginkgo aus Hiroshima auf der Rathausterrasse eingepflanzt (Foto rechts). Christiane Yamakoshi, Referentin des japanischen Honorarkonsulats, und Dr. Susanne Germann, Vizepräsidentin der Deutsch-Japanischen Gesellschaft Baden-Württemberg e. V. sprachen Grußworte.

Von der Idee zum Rechtsgutachten

Ein Vortrag von Peter Becker im Stuttgarter Rathaus erinnerte an das dreißigjährige Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag – das Hauptrechtssprechungsorgan der Vereinten Nationen – vom 8. Juli 1996. Darin heißt es, dass die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen generell mit den Regeln des humanitären Kriegsvölkerrechts unvereinbar sind. Das Gutachten ist zwar nicht bindend, aber dennoch von großer Bedeutung: die Staaten der Weltgemeinschaft werden an ihre „völkerrechtliche Verpflichtung" gemahnt, ernsthafte Verhandlungen zur Beseitigung von Kernwaffen aufzunehmen.

Peter Becker konnte als Co-Präsident der International Association of Lawyers Against Nuclear Arms, IALANA, die juristische Materie mit persönlichen Geschichten lebendig darstellen. So ist die Idee, das Rechtsgutachten auf den Weg zu bringen, bei einem Küchengespräch zweier Völkerrechtler entstanden. Die IALANA wurde zu diesem Zweck gegründet. Was in der Küche begann wurde zum „World Court Project". Über 100 Millionen Unterschriften konnten dem Internationalen Gerichtshof übergeben werden, nachdem dieser über einen Antrag der Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit dem Gutachten beauftragt worden war.

Der Kampf um die Verbindlichkeit des Rechts geht weiter. So berät die IALANA heute die Marschallinseln mit ihrer Klage gegen die Atomwaffenmächte, ihre Abrüstungsverpflichtung nicht zu erfüllen. **[Wolfgang Schlupp-Hauck]**

Foto: Pressehütte

Die Teilnehmer des Workcamps kamen aus Russland, Serbien, Italien und Deutschland Foto: wsh

No Plutonium, No Plutonium, No Plutonium

Eindrücke aus dem Workcamp Berlin – Büchel [Wolfgang Schlupp-Hauck]

Die Friedenswerkstatt Mutlangen und der Versöhnungsbund führten diesen Sommer gemeinsam ein Workcamp vom 25. Juli bis zum 10. August durch. Als ich das Workcamp plante, ahnte ich noch nicht, in welchen historischen Kontexten es stattfinden würde.

Das Workcamp sollte die diesjährige von Matthias Engelke initiierte Fastenaktion begleiten, die am 30. Juli beginnen würde. Die Teilnehmer wurden daher für den 25. Juli nach Berlin eingeladen. Was ich erst bei einer Exkursion nach Potsdam erfuhr: Der 25. Juli ist der Tag, an dem US-Präsident Truman 1945 in seiner Villa am Griebnitzsee den Befehl gab, auf Japan Atombomben abzuwerfen. Uli Sonn hatte im Kirchengarten der Jesus-Christus-Gemeinde in Dahlem einen Platz zum Zelten besorgt. Dass in dieser Gemeinde Niemöller gewirkt hatte, wusste ich, dass aber nur hundert Meter entfernt auf dem Gelände der heutigen Freien Universität Berlin die Kernspaltung entdeckt wurde, erfuhren wir Workcampteilnehmer durch den Vortrag eines Physikers.

Zwei Stadtführungen in Berlin durch Uli Sonn führten uns neben den üblichen Sehenswürdigkeiten die Möglichkeiten gewaltfreien Widerstandes vor Augen: das Denkmal für die Frauen von der Rosenstraße, durch deren Demonstrationen ihre als Juden inhaftierten Männer wieder frei kamen und die Reste der Berliner Mauer, die an die gewaltfreie Revolution erinnern.

Das Workcamp endete mit der Fastenaktion zu den Gedenktagen von Hiroshima am 6. und Nagasaki am 9. August. Darin kam der Wunsch zum Ausdruck: Nagasaki soll die letzte Stadt sein, welche einen Atombombenabwurf erleben musste.

Workcamp aus Aktivisten und interessierten Studierenden

Eine Gruppe von 15 Personen hat sich im Kirchengarten kennengelernt und in Workshops auf Gespräche mit Entscheidungsträgern und Straßenaktionen vorbereitet. Drei Mitglieder von ICAN (International Campaign for the Abolition of Nuclear Weapons) aus Serbien, zwei russische Studentinnen und vier italienische, trafen mit uns deutschen Versöhnungsbündlern zusammen. Maria Wick übernahm, unterstützt von Beate Engelke, die Organisation der Küche. Samya Korff moderierte gekonnt und trug damit zu einer guten Gruppenatmosphäre bei.

Wir setzten uns mit den Grundlagen der nuklearen Abrüstung auseinander und diskutierten die aktuellen Entwicklungen. Wir erprobten Entscheidungsfindung im Konsens und durch systemisches Konsensieren. Wir bereiteten uns auf die Gespräche mit den Politikern vor und übten unsere Straßenaktion. Unser Lagerhit wurde „No Plutonium…“

Workcamp mitten in der Abrüstungspolitik

Vor dem Workcamp hatte ich alle Botschaften von Atomwaffenstaaten und Staaten, die Atomwaffen in nuklearer Teilhabe beherbergen angeschrieben und um einen Gesprächstermin gebeten. Eingeladen wurden wir in die russische und niederländische Botschaft sowie in das Auswärtige Amt.

Auf der Terrasse des Landtags in Potsdam [Foto: wsh]

Außerdem konnten wir im Bundestag mit der Abgeordneten Inge Höger von der LINKEN und Mitarbeitern der SPD-Abgeordneten Ute Finckh-Krämer sowie der GRÜNEN Agnieszka Brugger sprechen. Wir bekamen so ein Bild, wo der Unterausschuss Abrüstungs-, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung des Bundestages steht. Die Gespräche waren für alle höchst interessant, aber auch ernüchternd. Von der Aufbruchsstimmung, die im überparteilichen Bundestagsbeschluss von 2010 zum →

Gesprächsrunde in der russischen Botschaft Foto: Nikola Gajic

→ Ausdruck gekommen war, dass Deutschland atomwaffenfrei werden solle, und der Vision einer atomwaffenfreien Welt ist nichts mehr zu spüren. Zwar betonten alle Gesprächspartner, dass sie das Ziel der Abrüstung aller Atomwaffen unterstützen, aber es zu erreichen sei ein weiter Weg. Deutlich wurde, dass die Atomwaffen in der internationalen Politik wieder eine stärkere Abschreckungs- und Drohfunktion erhalten.

Die Fastengruppe am Friedenspfahl
[Foto: Lorenzo Giuglietti]

Seit langer Zeit gelingt es den Atomwaffenstaaten nicht, wirkliche Schritte zur Abrüstung zu gehen, sondern die Atomwaffen werden technisch aufgerüstet. Keiner der Atomwaffenstaaten beteiligt sich aktiv an der Open Ended Working Group (OEWG), welche Vorschläge für die UN-Generalversammlung erarbeiten soll. Deutschland ist zwar dabei, stellt sich aber gegen die Überlegungen, mit Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot zu beginnen und hält weiter an der Schritt-für-Schritt-Politik fest. Dabei wird der Schwarze Peter hin und her geschoben. Russland will nächste Abrüstungsschritte nur multilateral, also nicht nur mit den USA gehen, Deutschland macht Abrüstungsfortschritte zwischen den USA und Russland zur Voraussetzung dafür, dass über die Atomwaffen in Deutschland verhandelt wird. Erschreckt waren wir zu hören, dass es vermehrt Stimmen gibt, welche die Atomwaffen als notwendige Sicherheitsgarantie rechtfertigen. Der technischen Aufrüstung der Atomwaffen in Büchel wird von der Bundesregierung kein Widerspruch entgegengesetzt.

Zurzeit schlechte Karten für die Abrüstung

Der INF-Vertrag, der die Verschrottung der atomaren Mittelstreckenraketen Pershing II und der nuklearen Cruise Missiles regelte, ist in Gefahr. Die USA werfen Russland Vertragsbruch vor, ohne diesen genau zu belegen. Im Gegenzug prangert Russland ebenfalls Waffenentwicklungen in den USA an, die den Vertrag unterlaufen könnten. Vertrauensbildende Gespräche finden dazu keine statt. Deutschland könnte hier aktiv werden, denn wenn der Vertrag zusammenbräche, würden wieder Waffen gebaut, die uns zum atomaren Schlachtfeld machen könnten. In diesem Zusammenhang wurde uns deutlich, dass Büchel und die anderen Stationierungsorte Ziele russischer Atomwaffenplanungen sind.

In den Nachbesprechungen fiel uns auf, dass von der Bedrohung von NATO-Staaten gesprochen wurde, ohne die Osterweiterung der NATO zu erwähnen, geschweige denn die gebrochene Zusage, dies zu unterlassen. Unsere beiden russischen Studentinnen fragten immer wieder, „Woher kommt die Sorge vor einer russischen Bedrohung?“ Deutlich wurde uns aber auch, dass Wille zum Dialog trotz anderer Rhetorik auch vorhanden ist. Dieser muss gestärkt werden.

Workcamp am Atomwaffenstandort

Unser Aufenthalt in Berlin endete mit der Teilnahme am Hiroshima-Gedenken der Friedensglockengesellschaft im Volkspark Friedrichshain. Zum Abschluss des Fastens fuhren wir nach Büchel und beteiligten uns an den dortigen Aktionen. Wir umrundeten den Fliegerhorst, sammelten in Cochem Unterschriften und nahmen am Nagasaki-Gedenken zum Abschluss der Aktionspräsenz „20 Bomben – 20 Wochen“ teil. In Büchel waren wir begehrte Interviewpartner für die Journalisten.

Auf der Heimfahrt legte eine kleine Gruppe noch einen Stopp in der Landeshauptstadt Mainz ein. Wir übernachteten bei Beate Körsgen und besuchten den Ginkgo aus Hiroshima, der dort vor dem Rathaus wächst. Dieser Überlebensbaum ist ein Hoffnungszeichen und Ansporn für den Einsatz für eine atomwaffenfreie Welt.

Das Workcamp hat in uns Samen für weitere Aktivitäten gelegt. In Mainz haben wir schon darüber diskutiert, was wir im nächsten Jahr machen können. Die Gestaltung der Friedenswiese in Büchel geriet dabei in den Blickpunkt.

Im Internet

Blog zum Fasten und Workcamp
→ www.fastenkampagne.global-zero-now.de
Homepage zur Aktionspräsenz
→ www.buechel-atombombenfrei.de
SWR-Beitrag zum Nagasakitag in Büchel
→ www.bit.ly/2aYPzsR

Am Nagasakitag bei der Abschluss-Aktion Foto: Lorenzo Giuglietti

Aktionspräsenz in Büchel mit Fastenbrechen, Blockade und Entzäunungsaktion beendet

In den 20 Wochen seit dem 20. März dürfte es schätzungsweise 15 gewaltfreier Blockaden gegeben haben. Insgesamt haben sich etwa 45 Gruppen an verschiedenen Aktionen beteiligt. Die meisten haben Mahnwachen abgehalten und Symbole auf der Friedenswiese hinterlassen, die in der Nähe der Haupteinfahrt entstanden ist – gut sichtbar von der dort vorbeiführenden Bundesstraße her. Bei den Blockaden beschränkte sich die Polizei meist auf das Notieren von Personalien der Blockierenden. Nur wenn durch das Blockieren mehrerer Einfahrten erhebliche Verkehrsstaus entstanden, räumte sie die Sitzenden auch mal beiseite, ohne sie aber festzunehmen.

20 Bomben – 20 Wochen

Am Nagasaki-Gedenktag, dem 9. August, endete das diesjährige „Fasten für eine atomwaffenfreie Welt" - und damit auch die zwanzigwöchige Aktionspräsenz. Nach einer Gedenkveranstaltung und dem Fastenbrechen gab es noch einmal eine Sitzblockade vor der Haupteinfahrt. Zeitgleich habe ich in etwa 300 Metern Entfernung mit einem Bolzenschneider ein Loch in den Militärzaun geschnitten. Anschließend stellte ich mich bereitwillig einer Bundeswehr-Streife. Polizisten, von denen einer sagte, er sei auch gegen die Atomwaffenlagerung in Büchel, erteilten mir einen Platzverweis und ließen mich dann zurückgehen zur Blockade am Haupttor. **[Martin Otto, Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen]**

Bisher haben über 100 Personen die Selbstverpflichtung jährlich mindestens eine Aktion zu den Atomwaffen in Büchel zu machen unterzeichnet. Diskussionen laufen, welche Aktionsformen gewählt werden sollen und welche Rolle dabei der gewaltfreie Zivile Ungehorsam spielen soll. Der Kampagnenrat wertet Ende September in Köln die Bilanz der Aktionspräsenz aus und wird Vorschläge für das kommende Jahr machen.

Aus einem Erlebnisbericht: Wir waren nur wenige, aber wir waren zufrieden

Mahnwache am Abend

Der Feierabendverkehr verlässt das Camp. Zur Mahnwache stellen wir uns mit Pace-Fahne und Transparenten auf den Kreisel. Hunderte Autos kommen aus dem Gelände auf uns zu, fahren langsam in den Kreisverkehr und verteilen sich dann in alle Himmelsrichtungen. Die Insassen sind in Zivil oder in Uniform. Die Vielfalt der Nummernschilder lassen auf ein großes Einzugsgebiet schließen. Auf einigen Autos steht: „Wir. Dienen. Deutschland.". Viele junge Menschen steuern die Autos, Männer wie Frauen - mehr oder weniger erschöpfte Gesichter. Und während das Motorengeräusch eher ruhig an uns vorbeizieht, verursachen die ständig startenden Tornados einen erschreckenwden Lärm. Ich sehe sie erst, wenn sie am Himmel ihre Kurven drehen. Am Abend treffen wir uns in unserem Quartier zur Blockadebesprechung. Wir sind zu fünft.

Blockade am Morgen

Am nächsten Morgen nach einem wundervollen Sonnenaufgang warten wir, bis ein Journalist der Lokalpresse eintrifft. Als er kommt, ziehe ich wie besprochen den linken Flügel des Sperrzauns in die Fahrbahn. Wir setzen uns in die Einfahrt und blockieren die Einfahrtspur. Die Autos fahren dicht an uns vorbei. Zum Teil versuchen sie, durch die Ausfahrt einzufahren. Andere fahren einmal um den Kreisel und werden wahrscheinlich ein anderes Tor anfahren. Eine Soldatin fordert uns auf, die Fahrbahn zu verlassen. Wir lehnen ab. Andere Soldaten schließen hinter uns die Einfahrt und auch das Tor zur Ausfahrt. Für einige Minuten sind beide Tore gänzlich gesperrt.

Nach etwa einer viertel Stunde kommt ein Streifenwagen. Zwei Polizisten steigen aus. Sie sprechen mit den Soldaten. Uns lassen sie unbehelligt. Nach einer Stunde lässt der Verkehr deutlich nach. Um 7:30 Uhr beenden wir die Blockade. Ich öffne beide Torflügel. Die Soldaten bedanken sich freundlich lachend. **[Ernst von der Recke]**

Siebte Internationale öffentliche Fastenkampagne
von Matthias-W. Engelke

In diesem Jahr begann die siebte öffentliche Fastenaktion am Abend des 30. Juli 2016 in Berlin-Dahlem, eingebettet in das internationale Workcamp. In Potsdam hatte sich die Pfarrerin der französisch-reformierten Gemeinde spontan angeschlossen und empfing uns als Gruppe sehr herzlich.

Das Ende der Fastenaktion war zugleich das Ende der 20-Wochen Präsenz. In der abschließenden Gedenkfeier zur Zerstörung Nagasakis vor 71 Jahren kamen viele Stimmen zu Wort. Es wurde deutlich, dass die Zeit der allgemeinen Ignoranz und der landesweiten Erduldung dieses Unrechts vorbei ist.

Wir wurden unterstützt durch Freunde aus Nah und Fern, die auf dem Camp in Büchel selbst mitlebten oder bei sich zu Hause Aktionen machten. Eine Skype-Konferenz führte vor Augen, dass wir in einer internationalen Kampagne für eine atomwaffenfreie Welt stehen, und wir hörten dadurch Berichte von Fastenden aus London und Paris.

Wieder gab es eine Mischung von Aktionen und wunderbare Zeit für ausgedehnte Gespräche, da ja nichts zum Essen eingekauft und zubereitet werden musste. Vor einem Jahr entstand auf diese Weise die Idee der 20-Wochen-Aktion. Solange die Atombomben der USA noch in Deutschland lagern und deutsche Piloten deren Abwurf üben, wird die Fastenkampagne fortgeführt. Wenn es im nächsten Jahr wieder nötig werden sollte, dann ab dem 29. Juli.

Noch wichtiger aber ist es, dass auf den Marktplätzen vor Ort Menschen informiert und aufgeklärt werden darüber, dass in Deutschland immer noch Atomwaffen lagern und dass wir uns dagegen wehren können. Sind Parteien, die sich nicht eindeutig für einen Abzug der Atomwaffen aus Deutschland aussprechen, noch wählbar? Gespräche mit den Abgeordneten der eigenen Wahlkreise dürften gerade jetzt das Mittel der Wahl werden.

[Mathias Engelke]

Offener Brief: Enkeltaugliche Sicherheitspolitik
Mayen, den 3. 9. 2016

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
ermutigt durch Ihre Forderung nach „enkeltauglichen Entscheidungen der Politik“*, bitten wir Sie herzlich, solche notwendigen Entscheidungen auch in der Außen- und Sicherheitspolitik zu treffen.
Als Kriegskinder haben wir Tod und Vertreibung aus nächster Nähe kennengelernt. Heute sind wir stolze Großväter von hoffnungsvollen Enkeln. Wir wohnen in der Nähe des Atomwaffenstandorts Büchel, wo täglich deutsche Piloten die Massenvernichtung trainieren. Seit 71 Jahren leben wir nun unter dem atomaren Damoklesschwert, mit dem die Atommächte und ihre "Teilhaber" der Menschheit Sicherheit versprechen, sie aber in Wahrheit in ihrer Existenz bedrohen. Seit Jahren gibt es bei den Abrüstungsverhandlungen Stillstand. Noch immer werden ungefähr 1.500 von 15.000 Atomwaffen in ständiger Alarmbereitschaft gehalten. Durch Terror, technisches oder menschliches Versagen kann in Minutenschnelle das atomare Inferno über unsere Enkel und die Enkel in aller Welt hereinbrechen.
Um dies zu verhindern, möchten wir Sie eindringlich bitten,
1. die Beteiligung Deutschlands an der Politik der atomaren Abschreckung zu beenden,
2. in Deutschland alle Massenvernichtungswaffen durch den Bundestag grundgesetzlich verbieten zu lassen und**
3. bei der UN-Vollversammlung im Herbst 2016 für den Beginn von Vertragsverhandlungen für ein internationales Atomwaffenverbot zu stimmen.
Österreich hat schon 1999 das Atomwaffenverbot in seiner Verfassung verankert. Eine deutliche Mehrheit der UN-Staaten hat sich der humanitären Initiative Österreichs angeschlossen, die sich für ein internationales Atomwaffenverbot einsetzt. Wir bitten Sie, haben Sie angesichts von Hiroshima und Nagasaki in der Sicherheitspolitik den selben Mut zur Umkehr, den Sie nach Fukushima in der Energiepolitik bewiesen haben. Schützen Sie unsere Enkel vor den Folgen des atomaren Sicherheitswahns in den Köpfen von Menschen, die die Zukunft unserer geliebten Erde aufs Spiel setzen.
[Anton Lang und Reiner Conrad]

* Rhein-Zeitung vom 08.08.2016, S. 35
** vgl. www.versoehnungsbund.de/2016-aechtung
*** Forsa-Umfrage der Internationalen Ärzte (IPPNW) 2016

Immer wieder steht Hermann Theisen vor Gericht – die Urteile widersprechen sich Foto: DFG-VK

Büchel vor Gericht: Freispruch statt Haftstrafe

Am 12. Juli 2016 hat das Landgericht Koblenz Hermann Theisen wieder freigesprochen

Es hob seine Verurteilung durch das Amtsgericht Cochem zu einer Geldstrafe auf. Es folgte nicht der Berufungsbegründung der Staatsanwaltschaft, die darin eine Freiheitsstrafe forderte. Das Landgericht kam zum Schluss: der atomwaffenkritische Aufruf zum Whistleblowing ist durch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gedeckt. Es sei nicht strafbar, Bundeswehrsoldaten mit Flugblättern dazu aufzufordern, die Öffentlichkeit über die Hintergründe der geplanten Atomwaffenmodernisierung zu informieren, die auf dem Fliegerhorst Büchel vonstatten geht.

Vorausgegangen waren zwei Verurteilungen des Amtsgerichts Cochem zu insgesamt 120 Tagessätzen von 30 Euro. (Siehe auch Im Blick: Büchel vor Gericht). Gegen eines der Urteile hatte auch die Staatsanwaltschaft Koblenz Berufung eingelegt und erklärte in der Berufungsbegründung: „Das Amtsgericht hätte den Angeklagten bei zutreffender Würdigung aller Strafzumessungsgründe nicht mehr zu einer Geldstrafe verurteilen dürfen, sondern eine kurze Freiheitsstrafe verhängen müssen.“

Erfolgloser Rückzieher des Staatsanwalts

Vor dem Landgericht Koblenz erklärte Oberstaatsanwalt Ralf Tries dann aber, dass er anstelle einer Freiheitsstrafe eine Geldstrafe als ausreichend erachte. Jedoch kamen der Vorsitzende Richter am Landgericht Koblenz, Bernd Minnebeck und die beiden Schöffen, zu einer anderen Einschätzung. Die Strafkammer hob die Verurteilungen des Amtsgerichts Cochem auf. (5 Ns 2010 Js 13035/15).

In der schriftlichen Urteilsbegründung stützt sich Richter Minnebeck insbesondere auf folgende freisprechende Aspekte: „Bei einer Aufforderung, die in einem Flugblatt enthalten ist, ist die Auslegung nicht nur auf einzelne Formulierungen zu beschränken, sondern der Inhalt der Erklärung ist unter Heranziehung des gesamten Kontextes, in dem die umstrittene Äußerung steht, und der Begleitumstände, unter denen sie fällt, so wie diese für die Leser erkennbar waren, auszulegen. Die isolierte Betrachtung eines umstrittenen Äußerungsteils wird daher den Anforderungen an eine zuverlässige Sinnermittlung nicht gerecht.“

Dabei beruft sich das Gericht auf das Oberlandesgerichts Koblenz vom 28. 09. 2005, das Theisen und andere ebenfalls wegen eines atomwaffenkritischen Büchel-Flugblattes freigesprochen hatte. (1 Ss 215/05).

Der Angeklagte habe sich nicht strafbar gemacht, „denn es fehlt nach der vorzunehmenden Auslegung bereits an einer hinreichend sicheren Feststellung des Tatbestandsmerkmals `Aufforderung zu einer Straftat´. Für die gebotene Abwägung kommt es ferner auch auf die Schwere der Beeinträchtigung der betroffenen Rechtsgüter an. Denn Sinn jeder zur Meinungsbildung beitragenden öffentlichen Aufforderung ist, Aufmerksamkeit zu erregen, weshalb angesichts der heutigen Reizüberflutung einprägsame, teilweise überpointierte Formulierungen hinzunehmen sind.“

Aufforderung zur Gewissensentscheidung, nicht zur Straftat

„In diesem Kontext und auch vor dem Hintergrund des politischen Anliegens des Angeklagten, die Stationierung der Atomwaffen als etwas Völkerrechtswidriges und Unmoralisches zu brandmarken, ist es nicht nur möglich, sondern sogar naheliegend, diese unkonkreten Formulierungen, nicht im Sinne einer Aufforderung zur unmittelbaren Begehung einer Straftat, sondern lediglich als Aufforderung zu einer Gewissensschärfung und Gewissensentscheidung der angesprochenen Soldaten aufzufassen.“

Für Hermann Theisen ist dies „ein ermutigendes Urteil.“ Aber der Rechtsstreit geht weiter. Die Staatsanwaltschaft Koblenz hat Revision eingelegt. Unterdessen hat das Amtsgericht Cochem eine Ladung zur Hauptverhandlung aufgehoben, in der zwei weitere Anklagen wegen jener Flugblätter verhandelt werden sollten. Ein neuer Termin wird wohl erst nach der Entscheidung des Oberlandesgerichts Koblenz ergehen.

Anfang der 1990er Jahr zogen die USA fast alle taktischen Atomwaffen aus Europa ab. 180 taktische B61-Bomben blieben als Symbole der atomaren Unterstützung der NATO auf sechs europäischen Basen zurück. Auf all diesen Basen, außer auf der in der Türkei, sind atomwaffenfähige Kampfjets der USA oder der Gastnation stationiert. Die türkische Basis wird eigentlich nur als Atomwaffendepot genutzt. 2020 sollen neue technisch aufgerüstete Atomwaffen stationiert werden.
[Foto: You Tube / Phylicia Nordyke]

Think Tank empfiehlt: US-Atombomben aus Europa abziehen

Wir veröffentlichen Auszüge aus einer Übersetzung der Einschätzung des US-Think Tanks Stimson Center zur beabsichtigten Modernisierung der B61-Atombomben aus der „Luftpost". Die Studie empfiehlt, alle in Europa befindlichen US-Atombomben sofort und komplett abzuziehen. In deutschen Medien war darüber nur zu lesen, dass nach Einschätzung des Stimson Centers die US-Atomwaffen in der Türkei nicht mehr sicher seien. Der empfohlene sofortige Komplettabzug aller US-Atomwaffen nicht nur aus der Türkei, sondern aus ganz Europa, also auch aus Büchel, wurde geflissentlich „übersehen".

Erwägungen zu den Kosten und politische Überlegungen bringen die Autoren der Studie zur Empfehlung an die US-Regierung: Sie sollte auf die Produktion modernisierter taktischer B61 für Kampfjets ganz verzichten und die derzeit noch in Europa eingelagerten veralteten B61 sofort komplett abziehen. Dadurch könnte sie allein in den Haushaltsjahren 2017 bis 2021 mindestens 3,7 Milliarden Dollar und in den Folgejahren weitere 6 Milliarden Dollar einsparen, die sinnvoller für die Verstärkung der konventionellen US-Streitkräfte ausgegeben werden sollten. (Das ist natürlich keine pazifistische Empfehlung!)

Auszüge aus der Studie: Kosten

Alle B61-Varianten sollen durch eine einzige Bombe, die B61-12 ersetzt werden, die sowohl für Kampfjets als auch für Langstreckenbomber geeignet und (in der Sprengkraft) so variabel sein soll, dass sie sowohl taktisch als auch strategisch eingesetzt werden kann. Die neue Bombe soll auch ein spezielles „Leitwerk" erhalten, das ihre Treffsicherheit verbessert.

Am 1. August 2016 hat die National Nuclear Security Administration / NNSA mitgeteilt, dass sie die Entwicklung bis zur Produktionsreife genehmigt hat und dass die Produktion ab 2020 beginnen soll. 480 der noch vorhandenen rund 800 B61-Bomben will sie für mehr als 8 Milliarden Dollar modernisieren lassen.

Eine unabhängige Bewertungsstelle des Verteidigungsministeriums schätzt jedoch Gesamtkosten von über 10 Milliarden Dollar. Außerdem ist es teuer, die auf europäischen Basen lagernden US-Atombomben so abzusichern, dass sie nicht zum Ziel terroristischer Angriffe werden. Diese Kosten tauchen nicht in öffentlich zugänglichen Quellen auf. Sie betragen aber vermutlich hunderte von Millionen Dollars pro Jahr.

Politische Überlegungen

1. Ist es überhaupt notwendig oder wünschenswert, Bomben des Typs B61 in Europa einzulagern? Es ist kaum vorstellbar, dass die europäischen Regierungen den Piloten ihrer Kampfjets befehlen würden, Atombomben auf russische Truppen abzuwerfen, die in osteuropäische NATO-Staaten einfallen. Trotzdem hat die NATO in einem nach dem Warschauer Gipfel im Juli veröffentlichten Kommuniqué betont, dass sie „mit vollem Einverständnis aller Beteiligten an der nuklearen Abschreckung festhalten" will.

Der türkische Flugplatz Incirlik, auf dem 50 US-Atombomben lagern, bereitet wegen des Krieges im nahen Syrien große Sorgen. Er ist nur rund 100 km von der syrischen Grenze entfernt. Der türkische Flugplatzkommandeur wurde wegen Beteiligung an der Vorbereitung des Militärputsches verhaftet. Ob die USA im Falle eines längeren Bürgerkrieges in der Türkei die Kontrolle über ihre Atomwaffen behalten würden, bleibt eine offene Frage.

2. Ist es überhaupt notwendig, taktische Atomwaffen für Kampfjets vorzuhalten, die nur relativ kurze Strecken fliegen können? Dazu hat General James Cartwright, der ehemalige Vizevorsitzende des US-Generalstabes, in einem 2012 veröffentlichten Bericht festgestellt: "Alle taktischen US-Atomwaffen – also alle B61-Atombomben – sollten im Laufe der nächsten zehn Jahre ausgemustert werden. Ihre militärische Bedeutung liegt praktisch bei null. Sie kommen in aktuellen Kriegsplanungen nicht mehr vor und sind nur noch aus politischen Gründen in einigen NATO-Staaten verblieben. Die Verpflichtung zum Schutz der US-Verbündeten in Europa ist bereits durch strategische US-Atomwaffen und konventionelle US-Streitkräfte gewährleistet."

Alternativen

Die komplette Annullierung des B61-Modernisierungsprogramms wäre am sinnvollsten, aber weil der größte Teil der erforderlichen Forschungs- und Entwicklungskosten bereits angefallen ist, wäre es unserer Ansicht nach vertretbar, eine beschränkte Anzahl von strategisch einsetzbaren B61-Bomben für Langstreckenbomber zu beschaffen. Die durch den Abzug taktischer Atombomben verursachte politische Verunsicherung bei europäischen Verbündeten könnte durch das regelmäßige Rotieren von US-Langstreckenbombern zu europäischen Basen abgebaut werden. **[Die Luftpost wird herausgegeben von Wolfgang Jung: www.luftpost-kl.de]**

Buch-Tipp

Wolfgang Sternstein, der Friedensforscher und Friedensaktivist hat das Manuskript für sein neues Buch vollendet. Es soll den Titel „Endzeit" tragen. Sternstein mahnt vor der Gefahr eines nuklearen Weltbrands, der nicht nur die Menschheit, sondern womöglich alles höhere Leben vernichten könnte. Er benennt und analysiert die Kräfte, die auf dieses Finale der Menschheitsgeschichte hindrängen. Doch das ist nicht alles. Er hat dem Buch den Untertitel „Hoffnung und Widerstand im Atomzeitalter" gegeben. Sternstein stellt trotz der von ihm hoch eingeschätzten Gefahr fest: „Weltuntergangsprophezeiungen hat es in der Geschichte schon viele gegeben. Zum Glück haben sie sich nicht bewahrheitet. Doch daraus zu schließen, es werde auch in Zukunft so bleiben, halte ich für leichtsinnig, um nicht zu sagen, für verantwortungslos." Aber trotz seinen bedrückenden Analysen kommt er zu dem Schluss: Engagement ist notwendig und lohnt sich. Er stellt uns die großen und kleinen Helden des Atomzeitalters dar. Er analysiert den Kapitalismus und Marxismus und brandmarkt beide als zerstörerische Wachstumsideologien, die die Welt an den Rand des Abgrunds treiben. Alternativen entdeckt er bei Gandhi und im Christentum und zeigt auf:

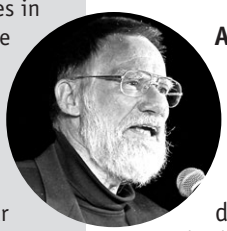
- ➔ In einem begrenzten System ist unbegrenztes Wachstum nicht möglich.
- ➔ Mittel und Zweck, Weg und Ziel müssen übereinstimmen. Gewalt kann nicht durch Gewalt, Unrecht nicht durch Unrecht und Böses nicht durch Böses überwunden werden.
- ➔ Gewalt kann nur durch das bewusste Erleiden der Gewalt ohne Hass oder den Wunsch nach Vergeltung gegenüber dem Übeltäter überwunden werden.

Im Buch findet sich für langjährige Friedensbewegte viel Bekanntes, es bietet die Möglichkeit seine eigenen Analysen zu reflektieren und zu erweitern. Für jüngere Leser verdeutlicht es, warum es sich gelohnt hat, dass die Alten sich engagiert haben und es begründet, warum man auch heute den düsteren Prognosen das eigene Engagement entgegensetzen soll. **Das Buch sucht noch einen Verleger. Wer Interesse das es vorzubestellen kann dies in der Pressehütte tun und Autorenrabat erhalten. Wer Wolfgang Sternstein zu einer Lesung und Diskussion einladen möchte, kann sich bei uns melden.**

[Wolfgang Schlupp-Hauck]

Sie läuteten das Ende das Kalten Krieges ein: Roanld Reagan und Michail Gorbatschow
[Foto: The Official CTBTO Photostream, CC BY 2.0, www.commons.wikimedia.org]

Die großen „Helden"



Auszug aus dem Manuskript für Wolfgang Sternsteins neues Buch „ENDZEIT. Hoffnung und Widerstand im Atomzeitalter"

Für mich ist Michail Gorbatschow einer der bedeutendsten, vielleicht sogar der bedeutendste Mann des 20. Jahrhunderts, wenn es gestattet ist, den etwas altmodischen Begriff „Held" auf ihn anzuwenden. Warum? – Weil er die treibende Kraft war, die den Kalten Krieg zwischen den Supermächten USA und UdSSR beendete und damit der Welt einen Aufschub von mindestens fünfundzwanzig Jahren bis zur ultimativen Katastrophe des nuklearen Holocaust bescherte. (...)

Gorbatschows historischer Verdienst

Sein Rettungsprogramm lässt sich mit wenigen Worten zusammenfassen: Beendigung des Kalten Krieges, Verzicht auf militärisches Vormachtstreben, Perestroika, Glasnost. Er hatte die Begabung großer Politiker, mit wenigen Worten viel zu sagen. So z.B. mit dem Satz: Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen, oder: Wir gehören zu Europa, deshalb beanspruchen wir einen Platz im europäischen Haus.

In der ersten Hälfte der achtziger Jahre tat sich aufgrund der Schwäche der sowjetischen Führungsriege ein Zeitfenster der Gelegenheit auf, das ihm den Weg an die Spitze der Machtpyramide der Sowjetunion eröffnete. Hätte er es mit einem US-Präsidenten wie Barack Obama zu tun gehabt, statt mit dem Kalten Krieger Ronald Reagan, so hätte er womöglich noch mehr erreicht. Allerdings gibt es Stimmen, die behaupten, Reagan sei der richtige Partner für Gorbatschow gewesen, denn ein Präsident wie Kennedy oder Obama hätten den INF-Vertrag, der die Abrüstung der landgestützten Mittelstreckenraketen in Europa zum Gegenstand hatte, niemals durch den Kongress gebracht. (...)

So großartig und inspirierend dieser Entwurf des Weges zu einer atomwaffenfreien Welt auch sein mag, bei nüchterner Betrachtung der Realitäten war die Chance der Verwirklichung dieses Programms angesichts der Widerstände in allen politischen Lagern von Anfang an praktisch gleich null. (...)

Seine aktuellen Warnungen

In hohem Maße ernst zu nehmen ist daher Gorbatschows eindringliche Warnung vor einem Rückfall in den Kalten Krieg. (...)

Die Verantwortung für die dramatische Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen sieht er eindeutig beim Westen: „Die Nato-Osterweiterung hat die europäische Sicherheitsordnung zerstört, so wie sie in der Schlussakte von Helsinki 1975 festgelegt worden war. Die Osterweiterung war eine 180-Grad-Kehrtwende, die wegführte vom Beschluss der Pariser Charta 1990, zusammen mit allen europäischen Staaten den Kalten Krieg endgültig hinter uns zu lassen. Russische Vorschläge wie der des damaligen Präsidenten Dmitrij Medwedew, sich zusammenzusetzen und an einer neuen Sicherheitsarchitektur zu arbeiten, wurden vom Westen arrogant ignoriert. Das Resultat sehen wir jetzt." (...)

Die weit verbreitete Meinung, der amerikanische Außenminister Baker und der deutsche Außenminister Genscher hätten Gorbatschow anlässlich der deutschen Wiedervereinigung versprochen, es werde keine Osterweiterung der Nato geben, hat Gorbatschow jedoch dementiert. Sie passt ja auch nicht zu einem Mann, der stets die Auffassung vertrat, es sei die souveräne Entscheidung jedes Landes zu entscheiden, wohin es sich orientiert und wen es als Bündnispartner wählt. (...)

Richtig ist aber auch, dass sowohl der amerikanische Außenminister James Baker als auch der deutsch Außenminister Dietrich Genscher nach dem Zerfall des Warschauer Paktes wiederholt versicherten, es werde keine Ausweitung der Nato nach Osteuropa geben. Leider wurden diese Zusagen nicht schriftlich festgehalten, so dass spätere Nato-Politiker glaubten, daran nicht gebunden zu sein.

Stichworte aus dem Inhaltsverzeichnis

Das Atomzeitalter / Wenn du Frieden willst rüste zum Krieg / Die Krisenherde der Welt / Die großen „Helden": Michail Gorbatschow, Wassilij Archipow, Stanislaw Petrow, George Lee Butler / Die kleinen „Helden" / Deutschland auf dem Weg in den Unrechtsstaat / Ideologie: Kapitalistische Ideologie, Imperium Americanum, Karl Marx und die kommunistische Ideologie, Alternativen: Ghandi, Gibt es eine konstruktive Verteidigung? Christentum, Hoffnung und Widerstand im Atomzeitalter, Diagnose und Therapievorschlag

Leseempfehlung

Straßenperformance der Radler Foto: Christa Schmaus

Auf Achse für Frieden und Abrüstung

Unter diesem Motto radelt die DFG-VK Bayern alljährlich zu Standorten von Militär und Rüstungsindustrie. Die diesjährige Tour startete am 30.7. in Ingolstadt und fand am 6.8. ihren Abschluss an der US-amerikanischen Air-Base Ramstein.

Dort protestierte die DFG-VK gegen den Krieg mit Kampfdrohnen, für den Ramstein eine unerlässliche Relaisstation darstellt. Die TeilnehmerInnen forderten die Schließung der Air-Base, denn Deutschland soll den völkerrechts- und menschenrechtswidrig Drohnenkrieg der USA nicht unterstützen. Zum 71. Jahrestag der Abwürfe der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki forderten die TeilnehmerInnen der Tour den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland. Die DFG-VK wirbt für die Rückkehr zur Politik der gemeinsamen Sicherheit und für die Idee der allgemeinen und vollständigen Abrüstung.

Der 12. Pacemakers Marathon – Längste eintägige Friedensdemo der Welt – endete am 7. August nach 570 km Fahrtstrecke in Bretten. [Foto DFG-VK]

Das beinhaltet letztlich auch die Abschaffung der Bundeswehr. An den verschiedenen Stationen hielten die Friedensradler Mahnwachen ab, verteilten Flugblätter und trafen Mayors for Peace (Bürgermeister für den Frieden). Sie machten auch in Mutlangen und Schwäbisch Gmünd Station. Am eindrücklichsten war die Anti-Kriegsperformance „Kein Krieg ist heilig“.

Impression zur Performance in Schwäbisch Gmünd

Bei schönstem Wetter zur besten Zeit ab 18 Uhr vor dem Gmünder Rathaus: Im Beisein einiger Friedensmenschen wird eine große Leinwand aufgebaut, auf der schemenhaft eine zerstörte Stadt zu sehen ist. Davor stehen drei Männer, die rote Fingerhandschuhe vor ihre Gesichter halten: „Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen“. Daneben, auf dem Boden liegend, zwei in weiße Leintücher verhüllte Gestalten, deren nackte Füße zu sehen sind. Daneben stehen drei Soldaten mit aufgepflanzten Gewehren, die zwei Ölfässer bewachen. Ein stummes Bild, das den Krieg eindrucksvoll darstellt. Dahinter erscheinen kleine Transparente zum Lied der Gruppe Pur:

„Kein Krieg ist heilig. Kein Krieg ist gerecht. Im Teufelskreis der Waffen wird gestorben und gerächt. Kein Krieg ist edel. Kein Krieg lebt vom Mut. Er ist unvorstellbar grausam und auch für die sogenannten Sieger zu viel verlorenes Blut.“

Plötzlich ist Krieg ganz nahe. Es schnürt einem die Kehle zu, man wagt kaum seinen Nachbarn anzuschauen. Der Schrecken ist greifbar.

Oberbürgermeister Arnold (Mitglied der Mayors for Peace) unterstützt mit seiner Rede das Anliegen DFG-VK und berichtet. Wir können immer mit ihm rechnen, wenn es um Friedensanliegen geht.

[Marianne Späh]

Zufahrten zum Atomwaffenstandort Büchel blockiert, Startbahn besetzt

So lautete die Pressemitteilung vom 12.09.2016 des Jugendnetzwerks für politische Aktionen (JunepA) zu ihrer Aktion „Sand im Getriebe der Kriegsmaschine“. Die Militäranlage ist seit 5:15 Uhr durch etwa 30 antimilitaristische Aktive blockiert – sämtliche geteerte Zufahrtswege sind durch Sitzblockaden blockiert. Zusätzlich wurde ein Tor durch ein hohes Dreibein (Tripod) blockiert. Ein anderes Tor wurde durch Aktivisten blockiert, die sich an ein Betonfass gekettet hatten. Mehrere Aktivist_innen sind auf das Gelände gelangt und haben die Start- und Landebahn besetzt.

Im Morgengrauen auf der Startbahn

Der Betrieb des Fliegerhorsts Büchel, auf dem die letzten Atomwaffen innerhalb der BRD lagern, ist durch die Aktionen stark eingeschränkt. Durch die Go-In-Aktion ist ein Start der Tornado-Kampfflugzeuge, die im Einsatzfall die Atombomben abwerfen sollen, momentan unmöglich. Wegen der blockierten Zufahrten können hunderte Angestellte im Militärdienst ihre Arbeit während unserer Blockade nicht aufnehmen. Initiiert wurde die Aktion vom Jugendnetzwerk für politische Aktionen (JunepA), das schon mehrmals Blockaden in Büchel durchgeführt hat.

„Unsere Aktion richtet sich gegen die Existenz von Atomwaffen, die immer eine unberechenbare Gefahr für die Menschheit darstellen,“ erklärt Fiona Rucke, die sich an den Aktionen beteiligt: „Daher haben wir uns dazu entschieden, mit einer entschlossenen Aktion des Zivilen Ungehorsams Sand im Getriebe der Kriegsmaschinerie zu sein.“

Noch vor Ende der fünfstündigen Blockade donnerten Tornados über die Protestierenden. Ein Sprecher der Bundeswehr behauptete, die Aktionen hätten keinen Einfluss auf den Flugbetrieb gehabt. Die ersten Tornados seien planmäßig gestartet. **[wsh]**

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststr. 3, 73557 Mutlangen
Postvertriebsstück E 59198 – Deutsche Post AG – Gebühr bezahlt

Pressehütte

Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne
Atom- und Uranwaffen.
Für die friedliche Nutzung
des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 1000

ISSN 2509-7199

Herausgeber
Pressehütte Mutlangen
Friedens- und Begegnungsstätte
Mutlangen e.V.
Forststraße 3
73557 Mutlangen
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1
www.pressehuette.de
post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3.-€ plus Porto

Jahresabonnnement: Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V. ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Bankverbindungen
nur für Abo-Gebühren:
Friedens- und Begegnungsstätte – FreiRaum
Raiffeisenbank Mutlangen
DE90 6136 1975 0055 6280 10

für steuerabzugsfähige Spenden:
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99
Stichwort: Spende FreiRaum
Bitte vollständige Adresse angeben!

Redaktion
V.i.S.d.P
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)
Tel. 0 71 71 - 18 20 58
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Satz und Layout
Michael Heidinger Graphic Design
www.michael-heidinger.com

Druck
UWS-Druck und Papier GmbH
70184 Stuttgart,
Telefon (07 11) 46 30 05
mail@uws-druck.de

www.pressehuette.de

Den Politikern Druck machen

Im nächsten Jahr wird gewählt. Die Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei jetzt!" wird sich wieder in den Wahlkampf einmischen.

1. **Abrüstung in die Parteiprogramme, jetzt!** Für den ersten Schritt ist jetzt die Zeit: in den Parteien dafür eintreten, dass die Kampagnenforderungen im Wahlprogramm aufgenommen werden. Sind Sie Parteimitglied oder kennen Sie eines? Sprechen Sie das Anliegen aus und an. ☎ **Infotelefon (0 71 71) 7 56 61** zur Beratung und zum Austausch

2. **Eine Unterschriftensammlung wurde in München gestartet und wird im März 2017 an alle Bundestagsabgeordneten übergeben.** Sie fordert die Schritte ein, welche unsere Regierung alleine ohne Zustimmung der USA und ohne Konsens in der NATO gehen kann:
   - ➜ Die Bereitstellung der 46 deutschen Tornados für den Atomwaffeneinsatz beenden.
   - ➜ Die Ausbildung und die Übungsflüge der Bundeswehr für den Abwurf der Atomwaffen einstellen.
   - ➜ Das Stationierungsabkommen für die Lagerung der US-Atomwaffen in Deutschland aufkündigen

   www.no-nukes-germany.de für Informationen und zum Unterzeichnen

3. **Die Unterschriftensammlung der Kampagne, die nach der Wahl, den Verhandlern des Koalitionsvertrages übergeben wird.** Eine Liste liegt bei. Sie brauchen mehr? Bestellungen in der Pressehütte.

Infos: www.atomwaffenfrei.de

Karikatur: Peter Musil